



Bildung gegen Grenzen: Für freie Wahl des Bildungswegs

Medienmitteilung der Union der Schülerorganisationen

Ein Grossteil der Basis eines Lebens legt eine umfassende Schulbildung. Eine Bildung, welche den Zeitgeist widerspiegelt und diesen kritisch hinterfragt. Eine Bildung, welche humanistisch-emanzipatorische Grundwerte fördert und die Schülerinnen und Schüler zu einer gesellschaftlichen und sozialen Reife führt. Eine Bildung, welche den Lernenden die Möglichkeit gibt ein selbstständiges und freies Leben zu führen. Diese Grundsätze müssen in allen Bildungswegen widerspiegelt werden. Ein weiterer essenzieller Punkt ist die freie Wahl eines Bildungsweges. So diktiert es ein uraltes Prinzip: Die Chancengleichheit.

Bildung ist ein Menschenrecht, darüber kann, soll und darf nicht diskutiert werden. Die Union der Schülerorganisationen *USO-UCE-UCS* setzt sich dafür ein, dass ausnahmslos jedem Menschen in diesem Land dieselben Chancen und Rechte zugutekommen. Jede Person soll individuell einen Bildungsweg für sich selbst finden und zwar basiert auf ihrem intrinsischen Interesse. Eine Person wird die grösste Bereicherung für eine Gesellschaft sein, wenn sie eine Form der Selbstverwirklichung innerhalb ihrer (Aus-) Bildung findet, sei dies in einem sozial, oder ökologisch nachhaltigen, einem gesellschaftlichen oder einem wirtschaftlichen Sinn. Jeder Person, der dieser Fakt nicht als sonnenklar erscheint, hat der Meinung der USO nach keinen Platz in einem Gremium, welches bildungspolitisch relevante Entscheide trifft.

Die *USO* empfindet es als Schande, dass die Diskussion rund um das Verwehren eines Bildungsweges auf Grund des sozio-ökonomischen, finanziellen oder gesellschaftlichen Standes salonfähig geworden ist. Bereits eine Entscheidung wie diejenige des Sozialamts Kerns hat einen Aufschrei erzeugt, welcher die Behörde schlussendlich zum Rückzug des Entscheides bewegt hat. Die *USO* begrüsst dieses Verhalten und fordert die sozialamtlichen Gremien der ganzen Schweiz dazu auf, das Geschehene als Paradebeispiel für die Stärke zivilen Widerstandes zu nehmen.

Für die *USO* stellt sich jedoch noch eine weitere Frage: Inwiefern hat der Migrationshintergrund der Kernser Schülerin unabhängig ihrer Sozialhilfe-Situation einen Einfluss auf den Entscheid des Sozialamtes gehabt? Wie kann es sein, dass der erste publike Fall, in dem einem Kind die freie Wahl des Berufswegs verwehrt wird, eine Schülerin mit Migrationshintergrund trifft?



Dass nun die SKOS den Entscheid des Sozialamts Kerns deckt, sieht die *USO* als Klippensprung an: Wie kann es sein, dass eine Behörde, welche schlussendlich immer die sozialen Zustände einer Person als oberste Priorität haben sollte, Interessen, die schlussendlich den betroffenen Individuen keine Besserung bringen, der sozialen Gesundheit voranstellt? Es ist eine der Hauptaufgaben der SKOS, Positionen zu beziehen, welche sozial schwachen Personen aus Situationen wie Armut oder sozialer Exklusion helfen können. So schreibt die SKOS auf [ihrer Webseite](#) «Die SKOS [...] erarbeitet wissenschaftliche Grundlagen zur Armutproblematik, zur Existenzsicherung und zur sozialen und beruflichen Integration [...]» Die *USO* benennt eine solche Aussage in einer Situation wie der jetzigen als schlicht und ergreifend heuchlerisch. Wenn die Mitglieder der SKOS den Zusammenhang zwischen einer selbstbestimmten Ausbildung und dem dadurch entstehenden finanziellen und gesellschaftlichen Erfolg nicht erkennt, dann darf nicht behauptet werden, dass bei dieser Überlegung «wissenschaftliche Grundlagen» basisbildend waren. Es ist eine Beleidigung des Schweizer Bildungssystems in Frage zu stellen, ob sich eine «Investition [in eine Ausbildung] lohnt»: Die *USO* ist der Meinung, dass die Verteilung verschiedener Bildungswege und deren Quoten keine politischen Machtinstrumente sein dürfen. Die *USO* wird es nicht akzeptieren, dass einer Schülerin oder einem Schüler beispielsweise auf Grund eines Migrationshintergrunds oder anderen Benachteiligungen andere Auflagen zum Bestehen eines Bildungswegs gelegt werden.

Die *USO* fordert die *SKOS* dazu auf ihre Richtlinien dahingehend anzupassen, dass der Zustand, dass Menschen aus benachteiligten Verhältnissen generell «tiefere» Schulabschlüsse absolvieren, verändert werden kann. Diese Situation ist der *USO* nach in einer aufgeklärten Gesellschaft, in der wir heute leben (sollten), inakzeptabel. Der tägliche Kampf und die unermüdliche, meist freiwillige Arbeit von unzähligen Schülerinnen und Schülern ist nämlich dann wertlos, wenn ein «demokratisch legitimiertes» Gremium wie die *SKOS* mit solchen Aussagen alle Grundlagen über den Haufen wirft. Somit soll beispielsweise die Sicherung der freien Bildungswegswahl auf Basis des Menschenrechts Bildung in den *SKOS*-Richtlinien verankert werden.

Die *USO* wird sich auch zukünftig für freie Bildung für alle, unabhängig von ihrem Lebenslauf, einsetzen. Wir kämpfen für unser aller Bildung, unser aller Recht.

Für Fragen stehen Ihnen folgende Personen gerne zur Verfügung:

Fabian Camenisch

Präsident USO-UCE-UCS

+41 78 705 67 42

fabian.camenisch@uso.ch

Timothy Oesch

Generalsekretär USO-UCE-UCS

+41 79 900 25 54

timothy.oesch@uso.ch